

# Amts- und Anzeigeblatt

## für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Besagspreis vierstelliglich 4 RM. 50 Pf., aber monatlich 1 RM. 50 Pf. in der Geschäftsstelle, bei unseren Büros sowie bei allen Postanstalten. — Scheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Der Halle überreicht Schrift — Zeitung oder Zeitungsabdruck — bei der Bezeichnung oder bei Belehrungserklärungen — hat die Befreiung ohne Aufschaltung oder Nachtragung der Zeitung aber auf Wiederholung des Besagspreises.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

### Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberküllengrund, Schönheide, Schönheiderhammer, Soja, Unterküllengrund, Wildenthal usw.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.  
66. Jahrgang.

Anzeigenpreis: die kleinstmögliche Seite 25 Pf.  
Im Dreifachmaßstab die Seite 50 Pf. Im doppelten Maßstab die gespaltene Seite 65 Pf.  
Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags  
10 Uhr, für größere Tage vorher.  
Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen  
am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage  
sonst an bestimmter Stelle wird nicht gegeben,  
ebensoviel für die Richtigkeit der durch Vermis-  
scher angegebenen Anzeigen.

Postzettel Nr. 119.

N 275.

Freitag, den 28. November

1919.

### 16. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenförschafft

Sonntag, den 30. November 1919, vormittags 11 Uhr  
im Sitzungssaale des Rathauses.

### Tagesordnung.

Wahl der unbesoldeten Stadträte auf die Jahre 1920—1922.  
Eibenstock, den 25. November 1919.

Der Stadtverordnetenvorsteher und Wahlkommissar.  
Hans Hochl.

### Das Urteil der Geschichte.

Wie Deutschland in seinen Auseinandersetzungen mit der Entente sich für sein Recht auf das Urteil der Geschichte, das heißt einer unparteiischen, auf klaren Tatsachen basierenden Zukunft berufen hat, so hat das auch Feldmarschall von Hindenburg vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss in Berlin für den Standpunkt der obersten Heeresleitung während des Krieges getan. Wir ersehen daraus, wie das gewaltige Völkerdrama von 1914 bis 1919 die Meinungen nicht nur ausgerüttelt, sondern auch durchmischerert hat. Es kommen so viele Gesichtspunkte in Betracht, daß erst die spätere Beurteilung das Wichtige von dem Unwesentlichen trennen und an der Hand der Folgen feststellen kann, worauf es ankam. Niemand wird es wagen, Hindenburgs Entstellungen vorzuwerfen; nur darf wir nicht vergessen, daß der Soldat anders denkt, als der Politiker. Das war auch 1870 bis 1871 so, und daß damals Politik und Militärwesen zwei gleichwertige Vertreter besaßen, während jetzt die Politik des klaren Sieges entbehrte und ihn auch nicht durch eine Verständigung mit der Obersten Heeresleitung herbeizuführen vermochte. Es fehlt diejenige Persönlichkeit, die einen autoritativen Willen besaß!

Unsere Friedenspolitik vor 1914 hat versagt! Dieser Ausspruch Hindenburgs ist unantastbar. Und sie mußte versagen, weil bei uns der Sinn für die brutale Wirklichkeit im Auslande fehlte. Unsere leitenden Stellen sahen die Träger der fremden Staatsinteressen so, wie sich dieselben wünschten, nicht, wie diese waren. Und von diesem Mangel an Schulung sind wir heute noch nicht frei. Es wird immer noch an den aufrichtigen Friedenswillen Wilsons geglaubt, obwohl doch ohne des Präsidenten schwankende Zustimmung die englische Hungerblockade gegen Deutschland niemals hätte einsehen, niemals auch der Verzicht auf die 14 Punkte hätte stattfinden können. Deutschland war friedlich, aber diese aufrichtige Gejinnung ist uns niemals gedankt worden, auch von seinen "Vettern" nicht, auf deren Einfluß der leidende Kaiser so sehr gebaut hat.

Die Macht- und Kraftverhältnisse in Menschen, Munition und Waffen waren für uns bei Kriegsbeginn schon ungünstig, und sie verschlechterten sich später noch mehr. Deshalb hat sich die Oberste Heeresleitung bemüht, den Krieg so schnell wie möglich zu einem ehrenhaften Frieden zu bringen, und sie hat auch den U-Bootkrieg als ein Mittel zu diesem Zweck betrachtet. Hatte das deutsche Volk aber bei Seiten den vollen Ernst der Lage gefaßt, so wären wohl jene geheimen Unterströmungen vermieden, die schließlich zu Zusammenbruch und Revolution führten. Der Siegeswillen war bei uns sehr stark. Daß er gelitten hat, daran war der Parteiwitz nicht ohne Schuld. Aber dieser Parteiwitz hätte nicht so entfalten können, wenn ein zielbewußter Führer vorhanden gewesen wäre. Wenn wir immer wieder auf diesen Mangel stoßen, so müssen wir indessen hinzuzeigen, daß es den Reichstagsparteien an Männern gebräucht, welche die Führung hätten stützen und stärken können. Wir brauchen uns nach keinem Staatsmann von der kalten Härte Clemenceaus zu sehnen, aber wir hatten nicht einmal einen von seiner Energie. Und Clemenceau war, bevor er Ministerpräsident wurde, einfacher Abgeordneter.

Wir wollen die folgenden Tatsachen zusammen-

stellen, sie werden manches der Überzeugung und der Einsicht näher bringen. Deutschland kam in den Krieg, weil ihm für seine Politik die richtige Beurteilung des Auslandes fehlte, das uns zum Teil politisch oder wirtschaftlich vernichten wollte. Es traut Amerika zu lange und legte sich daher militärisch weiter fest, als seinem Kräften entsprach. Als der U-Bootkrieg zu wirken begann, lebten auch die Wiener Indiscretions ein. Der Vernichtungswille der Entente wuchs, und bei uns vor und neben der revolutionären Agitation Gewissenssucht, Hamister, Schleichhandel und Wucher. Neppigkeit und Hunger standen gegenüber im Innern und schufen Erbitterung. Amerikas Übermacht und der Zusammenbruch der Alliierten lähmten das Vertrauen, und als Wilson bei einer Änderung der Staatsform eine milde Frieden in Aussicht stellte, kam die Revolution. Wm.

### Was die neue Reichseinkommensteuer bedeutet.

Nach dem ersten Entwurf dieser Steuer, der natürlich im Reichsrat oder in der Nationalversammlung noch Änderungen erfahren kann, beträgt die Jahressteuer bei einem Einkommen von 5000 Mark, das als einem Wochenlohn von 100 Mark entspricht, 460 Mark. Dazu kommt, wenn das Einkommen aus festverzinslichen Papieren herrscht, noch 500 Mark Kuponsteuer. Stamm das Einkommen aus Aktien, so werden davon 1000 Mark Dividendensteuer extra erhoben. Beträgt das Einkommen 16 000 Mark, so ist die Steuer 4000 Mark pro Jahr. Dazu 10 Prozent Kuponsteuer oder 20 Prozent Dividendensteuer. Ein Einkommen von 150 000 Mark soll 75 000 Mark jährlich Steuern zahlen; hat der Mann von diesen 150 000 Mark zwei Drittel aus Staatspapieren und ein Drittel aus Aktien, so hat er im Ganzen 90 000 Mark Steuern von seinen 150 000 Mark Einkommen jährlich zu entrichten, sodass ihm nur noch 60 000 Mark zum Verzehr bleiben. Man kann sagen, auch das ist noch genug. Und das ist richtig. Aber wenn von den großen Einkommen so viel durch Steuern fortgenommen wird, so wird auch das Vermögen sinken, dazu zu kommen. Denn es lohnt nicht, man arbeitet nur für die Steuern.

Werden die großen Einkommen aufgezogen, so wird natürlich schließlich mehr auf die mittleren und kleineren Einkommen abgedrängt werden müssen, denn irgendwoher muss doch das Geld kommen. Das alles ist wohlgemert für das Reich, und die Einkommensteuer ist nur eine von den zahlreichen Reichsteuern. Nun müssen aber auch noch die Staaten, die Städte und die Gemeinden ihre Ausgaben decken, denn vom Reich erhalten sie nur wenig, wie erhalten also noch besondere Staats- und Gemeindeabgaben. Dagegen fällt die Einkommensteuer der Einzelstaaten und der Kreislauf dazu in den Städten und Gemeinden vom 1. April 1920 fort. Damit hört also das Bestimmungsrecht der Stadt- und Kreisverwaltungen über die Einkommensteuer auf, das auf die Finanzämter des Reichs übergeht. Wie die Staaten, Städte und Gemeinden ihre Ausgaben decken sollen, ist noch eine offene Frage. Da Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer und ähnliche Abgaben es allein nicht leisten, werden wir leichtmöglich nach französischem Vorbilde zu städtischen Vergehungsteuern kommen. Wm.

### Die deutsche Antwort auf Clemenceaus Note.

Berlin, 26. November. Die Reichsregierung hat auf die letzte Kriegsgefangenennote der Entente

mit folgender Note geantwortet, welche heute in Paris übergeben wird:

Auf die am 21. November in meine Hand gelangte Note vom 15. November, betreffend die Heimschaffung der deutschen Kriegsgefangenen aus Frankreich, beehe ich mich, Eurer Exzellenz im Auftrage meiner Regierung folgendes mitzuteilen:

Die französische Regierung stellt die Behauptung auf, sie habe niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Sie hat anscheinend ihre amtliche durch die Agence Havas am 29. August 1919 veröffentlichte Bekanntmachung vergessen. Diese Bekanntmachung lautete:

Um so rasch wie möglich die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte vereinbart, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er die Heimschaffung der deutschen Gefangenen betrifft, vorzudatieren. Die Arbeiten der Heimschaffung werden sofort beginnen, und zwar unter Leitung einer interalliierten Kommission, welche nach Inkrafttreten des Vertrages ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll. Die alliierten und assoziierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende Haltung aus der die deutschen Soldaten so große Vorteile ziehen werden, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.

Die französische Regierung behauptet selbst nicht, daß sie diese Zusage zurückgenommen habe, weil die deutsche Regierung oder das deutsche Volk die ihnen obliegenden Verpflichtungen nicht erfüllt hätten. Eine solche Zurücknahme hätte ja mindestens auch der deutschen Regierung mitgeteilt werden müssen. Vielmehr leugnet die französische Regierung einfach, irgend ein Versprechen abgegeben zu haben. Diese widersprüchvolle Haltung ist um so unverständlich, als die Erklärung vom 29. August nicht etwa ein freies Zugeständnis war, welches aus Gründen der Menschlichkeit erbracht wurde, sondern die Gegenleistung für Zugeständnisse, zu denen die französische Regierung die deutsche Regierung dadurch veranlaßt hatte, daß sie ihr ein Entgegenkommen in der Kriegsgefangenenfrage versprach. Es handelt sich dabei um die Kohlenlieferungen und um den Fall des Sergeanten Manheim.

Bei den Pariser Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen an Frankreich wurde vom deutschen Vertreter am 22. August erklärt, Deutschland werde für seine Wünsche in der Kriegsgefangenennote kein Gehör finden, ehe mit den Kohlenlieferungen begonnen worden sei; sobald diese eingesezt hätten, werde die Entente in dieser Frage weiteres Entgegenkommen zeigen. Im Falle des Sergeanten Manheim hätte die deutsche Regierung die Zahlung der unter Androhung militärischer Zwangsmethoden der Stadt Berlin aufgelegten Buße von 1 Million Francs abgelehnt. Darauf wurde ihr von autorisierte französische Stelle nahegelegt, die Angelegenheit durch ein Entgegenkommen aus der Welt zu schaffen. In diesem Falle werde Marshall Foch seinen Einfluss für die baldige Rücksendung der deutschen Kriegsgefangenen ein-

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919  
Ihr Besitz erleichtert Deine Steuern!

sehen. Auch in Paris wurde zur selben Zeit der Fall Wanheim mit der Kriegsgefangenenfrage in Verbindung gebracht.

Als der deutsche Vertreter am 26. August, nachdem der sofortige Beginn der Kohlenlieferungen zugesagt war, mit Bedeckung auf die vorangegangene Zusage die Note aussprach, alsbald in die Verhandlungen über die Heimhaftung der Kriegsgefangenen einzutreten, wurde dies zwar mit dem Bemerkern versprochen, daß ihm der Ministerpräsident, Herr Clemenceau, in den nächsten Tagen darüber schreiben werde, zugleich aber bat ihn der französische Vertreter, sich für die Zahlung der im Falle Wanheim verlangten Million einzufügen, da die Erledigung dieser Angelegenheit dem Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, sehr am Herzen liege. In Berlin wurde dann die Verhandlung getroffen, daß der Betrag von 1 Million Frs. der französischen Regierung für das Rote Kreuz zur Verfügung gestellt werde, daß innerhalb einer Woche nach der Zahlung die im Artikel 215 des Friedensvertrages vorgesehene Kommission zur Regelung der Heimhaftung der Kriegsgefangenen zusammentreten und daß dies durch die Agence H. & C. bekanntgegeben werden solle.

Als die Einziehung der Kommission sich verzögerte, und der deutsche Vertreter in Paris an die Erfüllung des Versprechens mahnte, wurde ihm am 18. September mitgeteilt, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt. Die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen, zuerst kämen die Kriegsgefangenen aus England, dann die aus Amerika und zuletzt aus Frankreich an die Reihe; deutsch-französische Verhandlungen über diese Transporte seien nach der Ausspruchung des Ministerpräsidenten, Herrn Clemenceau, unnötig.

Die französische Regierung wird hiernach nicht bestreiten können, daß Deutschland vor Monaten durch erhebliche Opfer das bindende Versprechen von ihr erlangt hat, die Heimhaftung der Gefangenen nicht bis zu dem im Friedensvertrag bestimmten Zeitpunkt aufzuschieben, sondern sofort damit zu beginnen. Die Note vom 15. November beschränkt sich nicht darauf, die Verpflichtung zur sofortigen Heimhaftung der Kriegsgefangenen zu bestreiten, sondern legt ausführlich dar, aus welchen Gründen die französische Regierung auch nicht gewillt ist, freiwillig vor Inkraftsetzung des Friedensvertrages mit der Heimhaftung zu beginnen. Die "Ausführungen" stellen ein Verzeichnis aller Beschwerden dar, welche die französische Regierung gegen Deutschland erheben zu können glaubt. Die "Kriegsgefangene" sind es, an welche sich die französische Regierung wegen dieser Beschwerden hält.

Im Widerspruch mit den Grundsägen des Edelmutes und der Menschlichkeit, welche die französische Regierung keinesfalls als ihre Richtschnur bezeichnet, müssen also Schuldlose für die vermeintlichen Verfehlungen der deutschen Regierung büßen und als Geiseln dafür haften, daß die französische Wünsche erfüllt werden. Diese Politik muß um so schärfer verurteilt werden, als die Behauptung, daß die Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus gut behandelt werden, leider nicht den Tatsachen entspricht. Sie stehen nach wie vor unter der Herrschaft des Kriegsrechts, das mit erbarmungsloser Strenge gehandhabt wird. Kleidung und Unterbringung reichen vielfach für die gesamte Jahreszeit nicht aus. Zum Teil sind die Kriegsgefangenen noch von dem Verlehr mit der Heimat abgeschnitten.

Angesichts der klaren Sachlage, welche durch das Versprechen der französischen Regierung geschaffen ist, könnte ein weiteres Eingehen auf diesen Teil der Note überflüssig erscheinen. Um keine falschen Eindrücke entstehen zu lassen, hält es die deutsche Regierung jedoch für angebracht, folgendes dazu zu bemerken:

Die deutsche Regierung hat nicht, wie es nach der Note scheinen könnte, abgelehnt, die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß sie ihre Unterschrift unter die Bestimmung des Friedensvertrages über die Herausgabe der wegen eines Verstoßes gegen die Kriegsgefechte angeklagten Personen gesetzt hat, vielmehr hat sie unter Anerkennung ihrer vertraglichen Verpflichtungen auf die Schwierigkeiten, welche sich bei Ausführung dieser Bestimmungen entgegenstellen, hingewiesen und, ohne einen formellen Antrag zu stellen, die alliierten und assoziierten Regierungen gebeten, ihrerseits zu erwägen, wie sich der von ihnen verfolgte Zweck auf anderem Wege erreichen ließe. Uebrigens hat sie diesen Schritt getan, ehe die Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 2. November in ihre Hand gelangt war.

In der Note wird gefragt, wie sich wohl die Bewohner der zerstörten Gebiete damit abfinden würden, wenn die dort mit den dringendsten Austräumungsarbeiten beschäftigten Kriegsgefangenen vor dem im Friedensvertrag bestimmten Termint die Arbeit aufgeben und Frankreich verlassen dürften. Die deutsche Regierung kann nicht nur glauben, daß diese Frage in dem Sinne zu beantworten ist, wie es die Note zu verstehen gibt, sie ist vielmehr überzeugt, daß die französische Bevölkerung ein Herz für das Elend der Kriegsgefangenen hat und es trotz der eigenen Not vorziehen würde, wenn sie die Freiheit zurückzuerhielten, anstatt im harten Frontdienst für

Handlungen büßen zu müssen, für welche sie keine Verantwortung tritt. Von maßgebender französischer Seite ist seit dem 1. Juli wiederholt feierlichst verzichtet worden, daß die Kriegsgefangenenfrage nicht mit der Frage des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete verknüpft werden solle.

Daran, daß noch immer sein endgültiges Abkommen über die Bereitstellung deutscher Zivilarbeiter zustande gekommen ist, trägt die deutsche Regierung keine Schuld. Sie hat sich gleich nach Unterzeichnung des Friedensvertrages bereiterklärt, deutsche Arbeitskräfte für den Wiederaufbau zu stellen, und hat in den sich anschließenden Verhandlungen eingehende Vorschläge über die Art ihrer Verwendung gemacht. Gleichzeitig wurden im Land die bereits vor Unterzeichnung des Vertrages begonnenen Vorbereitungen zur Entsendung der Arbeiter auf das eifrigste gefördert. Die französische Regierung ist darüber auf dem Laufenden erhalten worden. Die deutsche Regierung bedauert, daß es trotz ihres wiederholten Erfuchts der französischen Regierung nicht möglich gewesen ist, eine endgültige Erklärung über die deutschen Vorschläge abzugeben und die Abschritte zu bezeichnen, in welche die Wiederaufarbeiten von deutschen Arbeitern ausgeführt werden können.

Nicht verständlich ist der Vorwurf, die deutsche Regierung habe alle vorläufigen Maßnahmen zur Erleichterung der Ausführung der Friedensbestimmungen in Schleswig und Oberschlesien abgelehnt.

Die deutsche Regierung weist die Beschuldigung zurück, daß sie planmäßig die Erfüllung der Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommen verzögert habe. Deutschland hat das äußerste getan, um den unerhörten schweren Anforderungen, welche durch dieses Abkommen gestellt wurden, gerecht zu werden.

Die deutsche Regierung verzichtet darauf, hier die vielen schweren Übergänge und Gewaltakte zur Sprache zu bringen, durch welche das Waffenstillstandsabkommen von ihren Gegnern verletzt worden ist, sie weiß, daß ihre Stimme jetzt ungehört verhallen würde. Eine spätere, gerechter urteilende Zeit wird den Spruch darüber fällen, von welcher Seite mit größerem Rechte klage geführt werden kann. Auf die Angelegenheit der Versenkung der Kriegsschiffe in Scapa Flow wird an anderer Stelle ausführlich eingegangen werden. In der Note wird endlich behauptet, die deutsche Regierung betreibe in der ganzen Welt mit ungeheurem Mitteln eine unablässige Propaganda gegen die Alliierten.

Die deutsche Regierung kann nur ihr Bestreben darüber aussprechen, daß solche Erfindungen ein Blaubin sind und der Aufnahme in ein amtliches Schriftstück für würdig erachtet werden; sie hofft, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihre Aufmerksamkeit dadurch nicht von der Kriegsgefangenenfrage ablenken lassen, die mit jedem Tagem ster und dringlicher wird, und in der Deutschland auf das Misserfolg aller zivilisierten Völker rechnen zu können glaubt.

## Tagesgeschichte.

### Deutschland.

— Warum Herr v. Simson\* zurücktrat. Unter der Überschrift "Warum Herr von Simson von Paris abreiste" veröffentlicht die "Leipziger Volkszeitung" folgenden eigenen Drahtbericht: "Die Regierung Simsons, das ihm in Paris vorgelegte Protokoll zu unterschreiben, rüht vornehmlich daher, daß Deutschland sich durch die Unterzeichnung verpflichtet soll, die in diesem Protokoll enthaltene Forderung auszuführen und anzuwenden, auf der neben anderen prominenten Persönlichkeiten die Herren Hindenburg und Ludendorff stehen!

Die Übernahme der einzelstaatlichen Eisenbahnen auf das Reich wird vom 1. April 1920 ab erfolgen. In Jena hat Dienstag eine Konferenz der Verkehrsverwaltungen der Einzelstaaten begonnen, die sich mit der Übernahme der Wasserstraßen aufs Reich beschäftigt.

— Kriegerverluste, Kriegergräber und Nachlassachen. Das Zentral-Nachweise-Bureau des ehemaligen preußischen Kriegsministeriums, das Zentral-Nachweise-Bureau des Reichsmarineamts, die Nachweise-Büros von Bayern, Sachsen und Württemberg, die Zentral-Nachstellstelle und die Kriegergräberfürsorge-Abteilung des ehemaligen preußischen Kriegsministeriums sind zu einer dem Reichsministerium des Innern nachgeordneten Zivilbehörde vereint worden, die fortan die Bezeichnung "Zentral-Nachweiseamt für Kriegerverluste und Kriegergräber" führt. Die Abteilungen Bayern, Sachsen, Württemberg, Martin und Zentral-Nachstellstelle bleiben in ihren bisherigen Bürouräumen in München, Dresden, Stuttgart und Berlin. Die Zentrale des Zentral-Nachweise-Amtes für Kriegerverluste und Kriegergräber, einschließlich Abteilung Preußen, befindet sich in Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 48.

— Zur Abhilfe der Wohnungsnot ist durch Neubauten, obwohl 750 Millionen Reichsunterstützung gewährt wurden, verhältnismäßig wenig geschehen, denn das Bauen ist zu teuer und die Materialien sind zu knapp. Es wird auch im neuen Jahre nicht viel mehr werden, wenn sich die Wohnungsfrage nicht ändert, und dazu ist keine große Aussicht. Es wird also weiter untersagt werden müs-

sen. Nur kann das Schvergericht mehr auf Beton- und Barackenbauten gelegt werden. Mit einer zeitgemäßen Erhöhung der Miete ist wenigstens ein Versuch zu machen, denn heute sind diese nicht mögliche Amusements-Ausgaben zu konstatieren, die besser zur Deckung der wirklichen Mietkosten verwendet werden könnten, damit das Bauen gefördert wird. Völlig aufgeklärt sind die Wohnungsverhältnisse überhaupt nicht. 1914 waren zahlreiche leerstehende Wohnungen. Seitdem haben sich viele eingeschrafft, die Kriegsverluste kommen hinzu. Trotzdem ist aber liberal Wohnungsmangel, obwohl Zugang und Abgang sich eigentlich ausgleichen haben sollten. Woher kommt also der Mangel? Es scheint weniger an der Zahl der Kriegsstraßen zu liegen, als an der Zahl der beanspruchten Räume.

— Abschaffung der Titel Knecht und Magd. Die freien Landarbeiterorganisationen wehren sich dagegen, daß nach Beseitigung der preußischen Gesindeordnung freie Menschen" ähnlich noch immer als „Knecht“ und „Magd“ bezeichnet werden. Sie betrachten derartige überlebte Benennungen als gegen das Ehrgefühl verstörend und fordern die Gemeinden zur Durchführung der Titeländerungen auf. Es werden die Bemühungen „Landwirtschaftsgehilfe“ oder noch einfacher „Landarbeiter“ vorgeschlagen.

### England.

— Der Kaiser-Prozeß. Aus Kreisen der britischen Friedensdelegation verlautet, daß der ehemalige deutsche Kaiser nicht vor einem Gerichtshof gestellt werden soll, sondern daß ein besonderes Tribunal gebildet werden soll, welches den Kaiserprozeß und alle damit in Zusammenhang stehenden Prozesse erledigen wird, also auch die Vergehen gegen die militärischen und strafrechtlichen Bestimmungen. Gleichzeitig wird aus London mitgeteilt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen bereits eine große Menge, wie versichert wird, sehr wertvolles Material gegen den früheren deutschen Kaiser gesammelt hätten.

— Eine Wendung in der Politik gegen Deutschland? Laut "Nieuwe Rotterdamsche Courant" schreibt Churchill im "Sunday Herald", es müsse die Politik Englands sein, zu verhindern, daß dem deutschen Volke nur die Hoffnung bleibt, einst wieder an das Schwert zu appellieren, und ihm nur noch die Entwicklung und die Wiederherstellungsmöglichkeit nach dem Osten hin übrig zu lassen. Wenn Deutschland mit Russland gemeinsame Sache macht, würde die Gefahr von 1914 wieder auflieben, und man würde zwei Völkerblinde bekommen, den Bund der Siegreichen und den Bund der unterlegenen Nationen. — Churchills Neuerungen deuten auf eine versöhnlichere Politik gegenüber Deutschland hin, als man sie bisher erlebt hat. Sie zeigen, daß in England (bekanntlich auch in Amerika) die Einsicht an Boden gewinnt, daß die andauernde Niederhaltung Deutschlands und seiner Wirtschaft von schwerstem Schaden für England und die ihm verbundene Welt sein muß. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Churchills Erklärungen wie die nachfolgende Meldung von einer bevorstehenden Einladung an Deutschland, in den Völkerbund einzutreten, Anzeichen für eine neue Wendung in der Entwickelpolitik gegenüber den Mittelmächten sind. Daß spricht auch das rüste Schweigen, das England an den Tag legte, als davon die Rede war, daß Amerika dem französischen Schutzverträge nicht beitreten würde. Es ist noch lange nicht sicher, ob nach einer amerikanischen Abstimmung England allein den Schutz Frankreichs zu garantieren Lust hat. Auch die neue Note Clemenceaus erwirkt den Eindruck, als stände nur Frankreich, nicht aber seine Verbündeten hinter ihr, ganz abgesiegt davon, daß England mehreren Anzeichen zufolge die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen nicht billigt, nachdem es selbst mit der Zurückhaltung längst den Anfang gemacht hat.

— Die oben erwähnte Meldung besagt: Der Pariser Korrespondent des "New York Sun" meldet, in englischen Kreisen mache sich eine Bewegung geltend, Deutschland aufzufordern, unverzüglich dem Völkerbund beizutreten, und zwar als Antwort auf den Beschuß des amerikanischen Senats, den Friedensvertrag nicht zu ratifizieren. Lord Robert Cecil soll dieser Bewegung nicht fernstehen. Er habe auf Fragen erklärt, er sei jederzeit dafür eingetreten, daß Deutschland sobald wie möglich dem Völkerbund beitrete.

### Agypten.

— Die Unruhen in Agypten wollen nicht abbrechen. In Alexandrien haben sich die Unruhen erneuert. Der Gouverneur hat demissioniert. Der General Allenby hat den Präsidenten, den Bizepräsidenten und den Sekretär des Deutschen Komitees der ägyptischen Delegation in die Residenz geschickt und ihnen befohlen, sich mit ihren Abhängen nach Hause zu begeben. Er erklärte ihnen, daß er sie für die Ausschreitungen verantwortlich mache. Die Zeitungen "Astar" und "Mahrifa" wurden verboten, weil sie die ägyptische Polizei darüber tadelten, daß sie auf die Menge geschossen habe.

### Östliche und Sächsische Nachrichten.

— Görlitz, 27. November. Im Saale des "Deutschen Hauses" stand gestern abend eine öffentliche Volksversammlung statt, die von der Sozialdemokratischen Ortsgruppe Görlitz einberufen war. Eine zahlreiche Zuhörerschaft aus allen Schichten der Bevölkerung hatte sich eingefunden, um den früheren Kultusminister W. Bud, Dresden, der als Referent für diese Versammlung gewonnen war, zu hören. Das Thema lautete: "Deutschland vor und nach der Revolution." Nach einem Rückblick auf die letzte Zeit vor dem Kriege, in der Deutschland auf der Höhe seiner Macht und Blüte gewissnahm als Werkstatt der Welt stand, legte der Referent

In sachlicher Weise seine Ansicht über die Ursache des alles vernichtenden Weltkrieges und über den Anfang zum Ausbruch der Revolution dar. Sodann verbreitete er sich eingehend über die Handlungen, die die Revolution im Gefolge gehabt und noch haben werde und brachte dabei zum Ausdruck, daß auch keine andere Regierung imstande sein würde, anders zu handeln, als die gegenwärtige. Dies betonte er besonders denjenigen gegenüber, die immer das Wort im Munde führen „unser Regierung taugt nichts“. In seinen weiteren Ausschreibungen stellte Redner noch Schul- und Kirchenfragen, die ja in sein Ressort wählend seiner Tätigkeit als Kultusminister stellten und brachte dabei seine Überzeugung über die Notwendigkeit der geschaffenen Gesetze zum Ausdruck. Am Ende von zahlreich belegten Beispielen erläuterte er ferner die Wirkung der verschiedenen neugeschaffenen Steuergesetze. — Mit Interesse folgten die Anwesenden den Ausschreibungen des Referenten und zollten seiner ca. 2½ stündigen Rede reichen Beifall. Von der freien Aussprache machte niemand Gebrauch, sodass die Versammlung kurz darauf in voller Ruhe ihr Ende fand. —

— Eibensdorf, 27. November. In der Nacht zum Mittwoch kam unsere Polizei einer Schatzsucht auf die Spur. In den nach dem Hofe gelegenen Räumlichkeiten des „Englischen Hof“ wurden der Fleischschläger W. und der Wirt beobachtet, wie sie einen kleinen Ochsen zerlegten, der gestern vormittag selbstverständlich der amtlichen Beschlagnahme unterlag.

— Dresden, 25. November. In Dresden werden die höchsten Maßnahmen vorbereitet, sofern die unerhörten Mängel im Dresdner Fernsprechverkehr, über deren Beseitigung der Stadtrat beim Reichspostamt vorstellig geworden ist, nicht abgestellt werden sollten. Die verschiedenen Fraktionen des Stadtverordnetenkollegiums haben sich zu einer gemeinschaftlichen Aktion zusammengetragen, und es wird voraussichtlich die gesamte Bürgerschaft aufgefordert werden, die Zahlung der Telephongebühren zu verweigern. Auch die jüdische Pressekonferenz hat diesem Vorgehen zugestimmt.

— Pirna, 28. Novbr. Der Sachsiische Bauernbund hielt hier im „Schwarzen Adler“ eine stark besuchte Versammlung ab, in der eine Entschließung gegen die Regelung der Hüttefrage angenommen wurde. Weiter erhob die Versammlung Einspruch gegen die Haferablieferung und gegen die neugebildeten Revisionskommissionen, ebenso gegen die Schnelligkeitsprämie von 2 M. für den Bentener Kartoffeln ohne rückwirkende Kraft. Durch diese Verschärfung werden alle die Landwirte, die auf Landeskarte Kartoffeln möglichst zeitig im Interesse der Allgemeinheit geleistet haben, schwer geschädigt. Außerdem fordert die Versammlung, daß die Bestimmung über die Abgabe von einem Viertel der Hausschlachtswine aufgehoben wird, sowie den endgültigen Abbau der Zwangswirtschaft. Gegen jeden Versuch, der Landwirtschaft neue Fesseln aufzuerlegen, wurde schärfster Widerspruch erhoben.

— Chemnitz, 26. November. Eine lebhafte Aussprache entspann sich hier in der letzten Sitzung des Beizirktauschusses über die Steuerfreiheit der Erwerbslosen. Ein erwerbsloses Ehepaar bezahlt jährlich bis zu 2400 Mark Unterstützung. Diese Summe verdient mancher Arbeiter noch nicht und muß doch Steuern bezahlen. Aus diesem Grund sei eine Steuerfreiheit für die Erwerbslosen unbillig.

— Bautzen, 25. November. Im Anschluß an eine Arbeitslosenversammlung zogen Hunderte von Arbeitslosen in die Stadtverordnetenversammlung, drangen auf die Galerien, besetzten die Treppen und den Saalgang und versuchten durch Zurufe von den Galerien die Sitzung zu stören. Sie verlangten, daß eine Abordnung von ihnen sofort geholt werde. Der Vorsteher empfing diese in einem Nebenzimmer zum Vortrag ihrer Wünsche, die dahin gingen, daß die vom Staat gewährte monatliche Winterbeihilfe in einer Summe sofort ausbezahlt würde und daß ferner die städtischen Kollegen sofort dringlichst bei Reichs- und Staatsregierung eine außerordentliche Beihilfe von 200 Mark für Unverheirathete und 300 Mark für Verheirathete beantrage. Da diese Wünsche in einem den Stadtverordneten gerade vorliegenden Ratsschreiben ohnehin schon berücksichtigt waren, konnte ohne weiteres eine Verständigung erfolgt werden.

— Kirchberg, 26. November. Heute morgen gegen 4 Uhr brach in der hinterm Geiersberg gelegenen Scheune des Herrn Karl Richter Feuer aus, das diese vollständig einstürzte. Ein Teil der Ernte, sowie Stroh, Heu und alle landwirtschaftl. Maschinen und Geräte wurden ein Raub der Flammen. Der Geschäftigte vermutet Brandstiftung.

— Postlagernde Sendungen. Die Oberpostdirektion Chemnitz schreibt uns: Die Aufbewahrungsfrist für die bei den Postanstalten eingehenden postlagernden Sendungen mit lebenden Tieren beträgt zwei mal 24 Stunden, für postlagernde Sendungen mit Postannahme sieben Tage und für die sonstigen Sendungen 14 Tage vom Tage nach dem Eintreffen. Mit der Einrichtung wird jedoch von den Empfängern häufig infolfern Missbrauch getrieben, als sie diese Sendungen innerhalb der zugelassenen Aufbewahrungsfristen abholen oder lagern lassen, je nachdem, wie es ihnen paßt. Sie nutzen so einen mehr oder weniger großen Teil der Lagerfrist aus, um nicht einen eigenen Aufbewahrungsräum unterhalten zu müssen. Es scheinen sich unter diesen Postabholern auch solche zu befinden, die die Postackammer als sicheres Versteck für Schmugglerwaren benutzen. Um den Missbrauch zu steuern, werden die Postanstalten vom 1. Dezember ab eine ungeduldliche Lagerung nicht mehr gestatten.

— Civillinterniertengepfleger aus Frankreich und England. Nach einer Mitteilung des Landesausschusses der Vereine vom Roten Kreuz in Sachsen ist das von den zurückgelehnten Civillinternierten aus Frankreich und England zurückgelassene Gepäck durch die Hamburg-Amerika-Linie zur Rückbesiedlung gelangt. Die zurückgebliebenen Civillinternierten wollen sich daher wegen

Milderlangung ihres Gepäcks unmittelbar an die Hamburg-Amerika-Linie, Wtbg. Gefangen-Gepäck, in Hamburg wenden.

### Theater in Eibensdorf.

Das Schauspiel-Ensemble „Dresdner Modernes Theater“ unter Leitung von Dr. Alfred Littler, welches sich von früher her eines guten Rufes in Eibensdorf erfreut, wird im Dezember einige Gastspiele geben, das erste am Dienstag, den 2. Dezember. Zur Aufführung gelangt das Fa-milienspiel „Mag auch die Liebe weinen“ („Die Altväter“) in 7 Bildern nach dem gleichnamigen bekannten Roman von Fr. Lehne. Das Ensemble gastierte mit diesem Stück in Dresden über 50 mal und zeigte in Görlitz 25 mal bei täglich ausverkaufstem Hause. Die „Ödöter Nachr.“ schreibt: „Die Dramatisierung des überaus spannenden Romans ist wohlgelingen. Neben zahlreichen, tiefgründigen Szenen birgt das Stück auch manch heiteren Einschlag und ist überhaupt so reich an Effekten, daß Auge und Ohr nicht müde werden, zu sehen und zu hören bis zum letzten Falten des Vorhangs. Karten sind im Vorverkauf zu haben bei Herren Kaufmann Emil Littler und Zigarettenhändler Ihlenfeld.

### Wie gewinnt man das Volk für gute Literatur?

(Fortsetzung und Schluss)

Aus langjähriger Erfahrung heraus will ich versuchen, auch einige Wege zur Gewinnung des Volkes für gute Literatur kurz anzudeuten.

Durch Volksunterhaltungs- und Vereinabende ist für unsere gottbegnadeten Dichter und Denker und ihre Werke Stimmung zu machen. Vor und nach dem Vortrag über ihr Leben und Wirken werden Bücher ausgetragen, Verzeichnisse verteilt und die vorhandenen Bibliotheksblätter empfohlen bzw. verliehen oder vorgemerkt. Als Bibliothekar macht man immer die Erfahrung, daß nach dem Ehrenabend eines Dichters (Schillerfeier, Rosengartabend, Hebel u. a.) seine Werke mehr begehrte werden. Es gilt eben, das Interesse und das Verständnis für unsere Nationalliteratur zu wecken. Hier bietet sich ein großes Betätigungsfeld für Lehrer, die den Radius ihrer erzieherischen Aufgaben gern selbst weiter ziehen.

Der Staat müßte noch viel größere Opfer für Verbreitung guter Literatur bringen. Wenn ich vom Bau eines neuen Panzers oder eines Luftkreuzers lese, kann ich nicht so ausspucken, wie ichs als guter Patriot gern tun möchte, weil ich tatsächlich der Überzeugung bin, daß in unserem Vaterlande dringliche Kulturaufgaben liegen. Was siehe sich für einige Millionen Mark jährlich für ein literarischer Segenstrom in alle Gebiete des Landes leiten. Der Staat müßte mindestens jeder Gemeinde als Bibliotheksbibliothek bewilligen, was sie selbst jährlich aufbringt. Von Staatswegen müßte ein umfassendes deutsches Volksliederbuch herausgegeben werden, das jeder Deutsche, der lesen kann, umsonst erhielte. Auch Hinweise der Vereine auf gediegene Theaterstücke und Musterprogramme sind eine dringliche Forderung der Zeit; denn durch geringwertige Gaben wird der literarische Geschmack des Volkes so verdorben, daß ihm gesunde kräftige Geistesfrüchte gar nicht mehr austagt. Endlich halte ichs auch an der Zeit, daß der Staat um seiner selbst willen mit des Gesetzes und der Polizei Gewalt gegen die Fabrikation und den Betrieb von offenbarem literarischem Schund einschreite. Vielleicht kennen Herren in maßgebender Stellung die große Gefahr gar nicht. Ich habe viele dadurch überzeugt, daß ich Ihnen eine Auswahl meiner Schundroman- und Programmsammlung zufand. Trotz allen Zeterns müßte der Staat viel rücksichtsloser eingreifen, wenn in gewissenloster Weise literarische Erzeugnisse verbreitet werden, die dem Volke Millionen Schnöde aus der Tasche locken und dafür dessen Geist und Herz vergiften und unheilschwangere Saaten in die Furchen der Zukunft streuen. Da baut man immer nicht Besserungsanstalten und Buchhäuser, ohne die Nebel Alkohol, Schundliteratur und Unzucht an der Wurzel zu fassen. Landgraf, Landgraf werde hart! Staat bewahre die heiligsten Güter der Volksseele!

Herren in leitender Stellung müßten noch viel mehr von der Wichtigkeit guter Literatur und deren Bedeutung für den gesamten Kulturforschritt überzeugt werden, daß sie von Staatswegen mehr tun und auch Gemeinden und einflussreiche Geldleute auf ihre volkssichererischen Verpflichtungen nachdrücklich hinweisen. Mit dem zaghaften „Wünschen“, dem „Erwünschen“, dem „wenn und aber“ wird nichts geschafft. Wir brauchen heutzutage keine „Ja-Aber-Menschen“, sondern „Ja-Also-Menschen“. Führende Persönlichkeiten hören sich so gern die „Vornehmen“ nennen. Nun wohl, mögen sie durch diesen verpflichtenden Titel sich ansponnen lassen, auch immer zum Segen unseres Volkes tatsächlich etwas vorzunehmen. Stiftungen für Volksbildungsbemühungen könnten allenthalben noch dringend gebraucht werden. Hört das alle auch, die ihr euch nach eistem Tode ein schönes bleibendes Ehrenmal setzen wollt.

Vor allen Dingen möchte man Männer unterstützen, die das Zeug in sich haben, gute Literatur zu schaffen und herauszugeben. Millionen müßten flüssig zu machen sein, um durch sie gute Literatur in allen Volkschichten und Schulen zu verbreiten. Dieser Aufruf ist an alle gerichtet, die Geld zum Kriege gegen den Schund flüssig machen könnten. Die Reichen haben ihre staatsbürgерlichen Verpflichtungen gegen das Vaterland, das ihnen doch erst zu Reichtum verholfen hat, noch nicht genügend erfüllt. In diesem Punkte werden die deutschen Millionäre von ihren amerikanischen Kollegen beschämt, die besonders für Bibliotheksbücher und andere Volksbildungsbemühungen riesengroße Stiftungen.

### Dorotheas Liebe.

Novelle von Fritz Gause.

14. Fortsetzung.

Sie glaubte an das, was Dorothea einst erhofft: ein stiller Glück im Forsthause, und richtete erkundigende Fragen nach Wartburg und den Kindern an die junge Frau. Dorothea peinigte die gutgemeinte Nachfrage und sie gab nur einsilbig Auskunft. Sie hatte vorgehabt, sich längere Zeit aufzuhalten, erklärte aber nun plötzlich, gehen zu müssen, und erhob sich.

Stummlich verwundert streckte ihr Frau Barbara die Hand hin. Als sie Dorothea dann vor die Tür geleitete und gerade davon sprach, daß sie in den nächsten Tagen einmal zu einem kurzen Besuch nach dem Forsthause kommen würde, falls sie Zeit hätte, brach sie plötzlich ab und sagte: „Da fällt mir eben ein, daß schon seit acht Tagen ein Brief für dich da ist, Dorothea.“

„Ein Brief?“ fragte Dorothea mit stockendem Atem, während die Farbe in ihrem Gesicht ging und kam.

„Ja. Eigentlich wollte ich ihn gleich verbrennen. Denn ich glaube, er ist von dem . . . na, du weißt ja.“

„Aber du hast ihn nicht verbrannt,“ erwiderte sich das junge Weib. Und in ihren Augen leuchtete ein heißes Begehr auf.

„Stein, er liegt in der Tischlade. Und wenn du ihn haben willst? Aber, ich dente . . . soll ich dir den Brief holen?“

Dorothea zwang eine kühle Gleichgültigkeit in ihr Gesicht und sagte mit derselben kühlen Gleichgültigkeit im Ton: „Nun ja, ich könnte ihn mitnehmen. Seien werde ich faum, wenn er von . . . von dem . . . ist . . . Wer ich könnte ihn wenigstens verbrennen.“

Nun hatte sie den Brief. Nur ganz flüchtig waren ihre Augen über die Aufschrift gegangen. Aber es hatte auch nur dieses flüchtige Sehens bedurft, um ihr zu sagen, daß der Brief von Erich Feldern kam.

Sie hatte es nicht vermocht, ihre Hand von ihm zu lösen, als sie ihn in die Kleider tasche gesteckt. Dort umschlossen nun die Finger das leise knisternde Papier immer noch und schienen etwas Heißes, Brennendes zu berühren. Und die Füße der mechanisch Vorwärtschreitenden schwankten und die Füße zitterten. Es war ihr, als wenn sie jeden Augenblick straucheln und zu Boden stürzen müsse.

Den zum Forsthause führenden Weg hatte sie längst verlassen und war seitab in den Wald gebogen. Ihre Füße berührten vorjährige, eigen rauschendes Laub und dürres, knackendes Gezwitscher. Die Sonnenstrahlen auf dem braunen Waldboden mit seinen verstreuten Moospolstern deuchten sie grellblühende Augen mit einem irren Schein.

So irr und wirr wie ihr ganzes Denken und Tun.

Zweimal war sie nahe daran, den Brief aus der Kleider tasche zu reißen und ungelesen zu vernichten. Aber sie kam nicht über das Wollen hinaus.

Endlich führte sie ihr planloses Dahinschreiten zu einem stillen, verträumten Waldwinkel. Hier schien es in den Kronen der Bäume noch eigener zu räumen, als wie sie es bisher empfunden. Es war wie ein Orden und Warner zugleich. Einen Augenblick stand sie noch zögernd. Sie wollte, wollte nicht. Wehrte sich mit aller Kraft gegen die Verführung, den Brief zu lesen. Und dann brach plötzlich der letzte Widerstand, der seit seinem Beginnen etwas Erkämpftes gewesen war, so kraftlos zusammen wie ein wegmüder Wanderer. Sie riß den Brief mit einem halb klappenden, halb jubelnden Schrei heraus, befreite ihn mit zitternden Händen von seiner Umhüllung und begann da, wo sie gerade stand, ein Lesen, das kein Lesen war, sondern ein heißen, gierigen Verschlungen jedes Wortes, jedes Buchstabens.

Und danach sank sie taumelnd gegen den Stamm einer Buche und versuchte ein flötendes, ruhiges Nachruhnen über das Gelesene in den Wust ihrer wild durcheinander stürmenden Gedanken zu bringen.

Aber es gelang ihr nicht. Sie bezwang das Jauchzen und Jubeln, das Hassen und Neuhoffen, das Selbstverachten und Glendale, dieses wunderliche Gemisch, in ihrem Hirn nicht. Immer wieder fand sich ihr Sinn zu dem einen hin: Seine Ehe mit dieser Lucie von Bollanden ist das Glendale seines Lebens geworden. Er hat seinen Irrtum erkannt und sehnt sich nach mir . . . Und er wartet auf meine Antwort. Ich brauche nur ein Ja zu schreiben. Dann wird er alles hinter sich werfen und mich zu sich holen.

Er sie zu sich holen. Und zwei Ehen vernichten.

Als Dorothea das dachte, riß sie sich zusammen. Und lachte gruell.

Rein! Zu dieser Doppelfünde reichte ihre Sehnsucht nicht aus.

Und war denn ihr Stolz gar nichts mehr?

Sie zerriss den Brief in zahllose winzige Stückchen und gab sie dem Odem des Frühlingstages. Und der zerstreute sie nach allen Richtungen. —

Mit fest aufeinandergepreßten Lippen und entschlossenem Sinn ging sie heim. Sie nahm sich vor: Ich will nun alles tötnachen in mir. Es soll nichts bleiben. Nicht einmal die Erinnerung.

Schreiben würde sie nicht. Nie! —

Als sie zu den beiden Knaben in das Zimmer trat, lächelte sie die Kinder mit stürmischer Zärtlichkeit. Und es war ihr, als wenn darnach eine stille Ruhe über sie kam. Ganz erschrocken war sie, als Wartburg sich am Abend erkundigte, was ihr begegnet sei. Es käme ihm vor, als sei sie verängstigt und aufgeregt.

Da nahm sie sich in Acht, lächelte und entgegnete: Du wirst dich täuschen, Rudolf, ich habe nichts.

Er machte mit einem zweifelnden Blick und seufzte. Über eine Erwideration kam nicht über seine Lippen.

Dorothea schlief in der Nacht nicht. Ihre Gedanken waren bei dem Briefe. Und es war wie eine qualvolle Neu in ihr, daß sie ihn vernichtet. Ihr ganzes Verlangen stand endlich darnach, ihn wiederzuhaben. Am liebsten wäre sie hinausgezogen, um nach den Gezehnen und Stücken im Walde zu suchen. —

Eine Woche später, in der Dämmerstunde, war sie bei den Kindern im Wohnzimmer und erzählte ihnen Märchen. Sie hatte sich an das Fenster gesetzt und konnte den Weg, der nach dem Waldkrug hinüberschreite, ein Stück übersehen. Dort, wo er aus dem Walde kam, erblickte sie jetzt Wartburg, der sich mit merkwürdig langsamem Schritten und gesenktem Kopfe näherte.

Nun war er direkt am Hause. Sie vermochte seine Gesichtszüge nur undeutlich zu erkennen, glaubte aber eine qualvolle Unruhe und ein finstres Grübeln in ihnen zu bemerken.

Die Kinder sprangen ihm entgegen, als er in das Zimmer trat, und schmeckten sich am leise Knie. Er meinte

Sie räumt ab, doch sie verschüchtern zurückwischen, und sagt mit heiserer, rauher Stimme zu Dorothea: „Ich habe dir etwas mitgebracht.“

Er tastete eine Weile in der Brusttasche seines Rockes herum und hielt seiner Frau dann einen Brief hin.

„Für mich?“ fragte sie, während sie merkte, wie eine heiße, würgende Angst in ihr hochkroch.

„Ja!“ entgegnete er hart. „Wenn du ihn annehmen willst? Er ist an Dorothea Lindstedt gerichtet. Deine Tante hat ihn mir gegeben, er ist schon vor ein paar Tagen angekommen . . . Aber du scheinst merkwürdig erregt?“

Dorothea machte ihre Stimme frei. „Nein, Rudolf, du täuscht dich. Ich bin ganz ruhig. Und den Brief will ich annehmen. Er wird von einer meiner früheren Schulgenossinnen sein, die nicht weiß, daß ich verheiratet bin.“

„So?“

Dann, nach diesem So, das so bitter und zweifelnd klang, wie bisher kein Wort, das er während ihrer ganzen Ehe zu ihr gesprochen, reichte er ihr den Brief hin und sagte: „Ich muß noch zur Oberförsterei, der letzten Holzstähle wegen. Es könnte sein, daß ich später heimkomme. Warte nicht mit dem Abendessen auf mich.“

Der wehe Klang in seiner Stimme packte sie ans Herz. Sie wollte ausspringen und sich ihm zu führen werfen. Und defensiv: „Glaube mir nicht. Nein, nein, glaube mir nicht. Ich bin eine Elende, eine erbärmliche, die an einem andern hängt, die dich hintergeht.“

Augenblicksang stand dies Wollen in ihr. Aber sie vermochte nicht, es zur Tat werden zu lassen.

Mechanisch stand sie auf und nickte nur. Den Brief hielt sie in ihrer leise zitternden Rechten.

Dann war Warny schon gegangen. Sie hörte, wie er die Haustür schloß, wie sein Schritt mählich verlangsamte. Und sie stand immer noch und vermochte kein Glied ihres Körpers zu rütteln . . .

(Schluß folgt.)

**Mitteilungen des Standesamtes zu Görlitz**  
auf die Zeit vom 19. bis 25. November 1919.  
Geburten: 8.  
Austritte: 2; a) heilige 2; b) auswärts 1.  
Heirathen: —  
Sterbefälle: 1) Johanne Elise Pommier, Handarbeiterstochter,  
2 M. 18 T. 2) Wilda Hulda Voigt geb. Dittich, Bädermeistersche.

jeau, 61 J. 11 M. 25 T. 3) Christiane Wilhelmine verw. Buchholz  
geb. Wenzig, Klempnerstochter, 76 J. 4 M. 2 T. 4) Otto Max  
Brügel, Schuhmachergehilfe, 27 J. 1-8 T. (Kriegerberufsfall). 5) Curt  
Georgius Unger, Schuhmacherstochter, 5 M. 8 T. 6) Frieda  
Johanne verm. Unger geb. Löffler, Schuhmacherstochter, 26 J. 2 T.  
7) Heinrich Schubert, Metallarbeitersohn, 2 M. 11 T. 8) Frieder  
Schubert, Tischlermeister, 72 J. 11 M. 6 T.

## Neueste Nachrichten.

**Berlin**, 27. November. Die Reichsregierung hat eine umfassende Hilfsaktion für Wien beschlossen. Bündhaft soll sich erste von jeder Brotsorte in Deutschland 50 g weniger ausgegeben werden und die gesammelte Ersparnis — es kommen rund 40 Millionen Nichtselbstversorger aller Brotkartennhaber in Betracht — von zwei Millionen kg in der Woche den Wienern zur Verfügung gestellt werden. Eine entsprechende Verordnung wird schon in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Sämtliche Parteien in der Nationalversammlung haben zu dieser Aktion ihre Zustimmung erzielt, mit Ausnahme der Unabhängigen, die zwar ein solches Mehllquantum zur Verfügung stellen, aber keinen Abzug von der Karte zulassen wollen. Während nach übereinstimmender Ansicht aller zuständigen verantwortlichen Instanzen dann die Herausgabe einer solchen Mehlmenge ausgeschlossen sei, würden alle Fraktionen mit Ausnahme der Unabhängigen in der Nationalversammlung einen Initiativantrag einbringen, der den Entschluß einer solchen Hilfsaktion gibt. Daneben ist eine weitere große Hilfsaktion durch Veranstaltung von Sammlungen unter der Führung der Reichsregierung in Vorbereitung.

**Stettin**, 27. November. Wie die Offiziersstation II mitteilt, ist infolfern eine Freiheitserklärung in der Ostseebucht eingetreten, als die generelle Handelsfreiheit zwischen den deutschen Häfen und der deutschen Küste von der alliierten Waffenstillstandskommission den Segelschiffen und Motorsegelschiffen bis 100 B.R.T. genehmigt ist.

— **Königsberg**, 26. November. Wie verlautet, liegen zahlreiche Flüge mit Flüchtlingen auf offener Strecke in Litauen und Kurland. Außerdem drängen dicke Scharen von lettischen Walten zu Fuß und zu Wagen der Grenze zu, vorwärtsgetrieben durch Letten und Bolschewisten. Auf dem Gut Kapellen wurde der Besitzer Baron Mantuussel ermordet. Viele andere Güter sind in Brand gestellt worden. Nach mehreren Anzeichen ist in ganz Kurland eine bolschewistische Bewegung entzündet und läuft das Schießen der Walten und Flüchtlinge hoffnungslos erscheinen. Auch die baltische Landwehr, die ungefähr aus 1400 jungen Leuten besteht, gilt als verloren, nachdem der Beherrschende von Riga, Mober, der ganz in bolschewistischem Fahrwasser steht, ihre bedingungslose Entwaffnung gefordert. Nach einem Bericht des litauischen Generalstabes wurden die litauischen Verbündeten vollständig geschlagen und Radziwillisch genommen. 4000 deutsche Truppen, welche von Mitau aus vermondt zur Hilfe eilten, wurden aufgerieben.

— **Tilsit**, 26. November. In dem Augenblick wo die Abteilung des Generals Rehbein schon bereit war, um die Eisenbahnlizenzen zu sichern, und die deutschen Truppen von den litauischen Banden in ihrem Rücken zu befreien, traf ein Geheimbefehl der Reichsregierung ein. Sie hat die litauische Regierung durch kostlose Überführung des gesamten Eisenbahn- und militärischen Materials zu veranlassen gesucht, ihre Angriffe gegen Truppen- und Flüchtlingsflüge zu unterlassen. Die litauische Regierung ist auf dieses Millionengeschenk sofort in Unterhandlungen getreten. Es wird sehr bezweifelt, ob sie in der Lage ist, ihre bolschewistischen Horden aufzuhalten. Für den Fall des Scheiterns ihrer Verhandlungen ist General Rehbein gebeten worden, als Verfügbare bereit zu halten den deutschen Grenzschutz vorzuziehen. Die Nachricht von der Verhaftung englischer Offiziere bestätigt sich. Die Gefangenen erklären neutral zu sein.

## Bielhaus.

**Erzgebirgsverein:**

Freitag abd. 1/8 Uhr: Ouahnenabend, verbunden mit Konzert.

### Empfehlung

frisches Welschkraut, Weiß- u. Rotkraut, Sellerie, Schwarzwurzel, Karotten, Kohlrabi, Krauskohl, Endivien, Porree, Petersilie, rote Rüben.

**Ida Hauschild.**

## Deutsche Spar-Prämienanleihe von 1919.

Zeichnungen hierauf nehmen wir bis Mittwoch, den 3. Dezbr., mittags 1 Uhr entgegen und sind zu weiterer Auskunft gern bereit.  
Zeichnungsscheine liegen bei uns aus.

**Eibenstocker Bank,**

Zweiganstalt  
des Chemnitzer Bank-Verein.

**Mitteldeutsche Privat-Bank,**

Aktien-Gesellschaft,  
Abteilung Eibenstock.

### Kräntzchen.

Beginn um 7 Uhr.  
Hierzu laden alle Vereinskänge  
höchste Herzlichkeit ein.

**Der Turnrat.**

NB. Ausgabe von Einladungskarten für Mitglieder erfolgt freitags in der Turnhalle.

### Kräftiger

## Schuljunge

für Wege und leichte Arbeiten  
für sofort bei guter Bezahlung gesucht.

**Max Conrad,**  
Bergstraße 1.

**Schiffchen-Aufpasser**  
zum sofortigen Auftritt sucht  
**Jul. Paul Schmidt.**

Ein solides, sauberes  
**Hausmädchen**  
sucht für Neujahr  
**Franz Wagner,**  
Schnebergerstr. 9.

**Häfel-Arbeit**  
wird ausgegeben  
**Fabrikgasse 1.**

Suche einige % hohe Häfcher-  
oder Koppel.

**Schiffchenstickmaschinen**  
zu kaufen. Angebote mit System  
und Preis unter **A. K.** an die  
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Schwarze Astrakanjacke**  
und langer, grauer Plausch-  
mantel (gr. Nr.) zu verkaufen.  
Wo, zu erkennen in der Geschäfts-  
stelle dieses Blattes.

**Teppich**  
zu verkaufen, Größe 300: 225,  
Ang. Auerbacherstr. 5.

Mehrere kräftige solide  
Arbeiter werden eingestellt.

**Papierfabrik Schönheide.**

### Zodes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser lieber Vater, Groß-, Schwieger- und Urgroßvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Tischlermeister

**Friedrich Schubert**

Veteran von 1870/71

nach kurzer Krankheit in seinem 73. Lebensjahr ruhig und sanft verstorben ist.

Dies zeigen mit der Bitte um stilles Beileid an

Die trauernde Witwe und Kinder.

Beerdigung erfolgt Sonnabend nachmittag 3 Uhr.

### DANK.

Für die überaus zahlreichen Beweise liebevoller Teilnahme beim Heimgang meiner so lieben Mutter, unserer lieben Tochter

**Franz Johanne verw. Unger geb. Löffler**  
sowie für den Trauergesang u. ihren Mitarbeiterinnen, besonders aber Herrn Pastor Wagner für die trostlichen Worte am Grabe sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.

Die trauernde Tochter **Brunhilde Unger**  
und Familie **Emil Löffler**  
nebst übrigen Angehörigen.

**Patentbüro Theuerkorn**

Fernsprecher 762. Zwickau 1. Sa. Georgenplatz.

**Denizze-Zigaretten**

von 12 Pf. an versendet ab 100  
Stück an jedermann per Nachr. free.  
**Franz Hainz**, Limbach i. Sa.,  
Albertstraße 29.

Send und Seile von Franz Hainz in Limbach.

Alle Bewohner, welche Arbeiter brauchen, auch wenn es sich nur um vorübergehende, stundenweise Beschäftigung handelt, wie zum Schneekauen, Kohlenabladen, Holzzerkleinern, Botengänge u. s. w. werden gebeten, sich der Vermittlung des

### Arbeitsnachweises

im Rathause (Tel. 6, 9, 39) zu bedienen.

**Rostenlose Arbeitsvermittlung.**

### Frisch eingetroffen:

Haferkörner, Hafermehl, Haferkakao, beste Qualität, empfiehlt

**Bauer,**

Klara Angermannstraße 10.

### Klavier

zu mieten gesucht. Ges. Ang. u. F. L. a. d. Geschäftsl. d. Bl. erb.

### Blaukreuzverein.

Freitag, abends 1/9 Uhr, Versammlung im Gemeinschaftssaal.

Jedermann herzlich eingeladen.

### Bobinen, hellblau,

sofort zu kaufen gesucht.

Off. m. Preisang. u. Nr. XX.

10 an die Geschäftsl. d. Bl. erb.

### Damenstock

Diejenige Person, die den schwarzen

Diejenige Person, die den schwarzen